

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

24.5.1924 (No. 122)

Expedition:
Karlsruher
Stroße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umher frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche
weiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Waiseneinbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder
unverlangte Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

Aus dem Staatsvoranschlag
Das Justizministerium

Als Aufwand für Rechtspflege, insbesondere Strafrechts-
pflege ist in den Ausgaben der Betrag von 1 Mill. Mark
eingestellt. Hierzu wird erläuternd bemerkt: Berechnet
werden dabei Entschädigungen der Vertrauenspersonen,
Ratensrichter und Beisitzer, die Gebühren der Ortsrichter
und Schlichter, die Gebühren für Zeugen und Sachverständige,
Schubkosten, Gebühren für Bekanntmachungen,
Dienstfreikosten der Gerichtsbeamten, Gebühren für Zu-
stellungen und Behändigungen, die nicht durch Beamte
oder vollbeschäftigte Angestellte besorgt werden, die Ge-
bühren und Auslagen der amtlich bestellten Verteidiger
und der Rechtsanwältinnen in Armensachen, die Entschädigungen
wegen unschuldig erlittener Untersuchungs- oder
Strafhaft, die Kosten für die vom Justizministerium den
Justizbehörden gelieferten Vordrucke, die Kosten für Pro-
tokollmaschinen und Vertriebsapparate, die Kosten
für den Druck und die Herausgabe des Justizministerial-
blattes, die Kosten für den Erkennungsdienst, der Anteil
Badens an den Kosten der Zentralpolizei in
Berlin zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder, Schriften
und Inerata. In persönlichen Ausgaben kommen auch
zur Verrechnung: Belohnungen für Ermittlung und Er-
greifung von Verbrechern.

Bei der Abteilung Strafanstalten, für welche an or-
dentlichen Ausgaben 3 097 200 M. vorgezogen sind, inter-
essiert die folgende Vorbemerkung: „Der Voranschlags-
berechnung ist ein Gesamtgefangenenstand ab 1. April
1924 von 3750 zu Grunde gelegt und zwar: für das
Zuchthaus Bruchsal 400, für die Landesstrafanstalt Bruch-
sal 400 für das Landesgefängnis Freiburg 530, für das
Landesgefängnis Mannheim 450, für die Kreis- und
Amtsgefängnisse 1970. Die Unterbringung dieses gegen
1914 erhöhten Gefangenensandes ist ermöglicht durch den
inzwischen erfolgten völligen Ausbau des Landesgefäng-
nisses Mannheim, durch die Inbetriebnahme mehrerer
Gefangenensolonien und durch die Übernahme der frühe-
ren Militärarresthäuser Freiburg, Raastatt und Karlsruhe.“

An Einnahmen werden aus dem Arbeitsbetrieb
1 400 000 M. angegeben und hierzu erklärend gesagt:
„Für die Leistungen der Strafanstalten durch Gefangene
innerhalb des eigenen Betriebs, unter sich und für die
übrigen badischen Staatsbehörden werden im Interesse der
Bereinsparung der Staatsverwaltung Vergütungen nicht
mehr berechnet. Dies kommt namentlich in dem verhält-
nismäßig geringeren Einnahmebetrag aus dem Arbeits-
betrieb und demzufolge in dem erhöhten Zuschußbedarf
der Strafanstalten zum Ausdruck.“

Für Jugendwohlfahrt (bisher Fürsorgezuehung) sind
in den Ausgaben verzeichnet 400 200 M. Darunter befin-
det sich der Posten: Sonstige Kosten der Jugendwohlfahrt
140 000 M., während in die Gesamteinnahmen für
die Jugendwohlfahrt mit 148 700 M. veranschlagt sind,
darunter Erziehungs- und Verpflegungskostenbeiträge für
die in staatlichen Anstalten untergebrachten Fürsorgezög-
linge 60 000 M.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Zur Position: An den persönlichen Ausgaben ist bei
der Abteilung Ministerium vermerkt: Durch den Perso-
nalabbau, die damit zusammenhängende Umorganisation
des Schulwesens sowie die Durchführung des Fortbil-
dungsschulgesetzes und die noch im Fluß befindliche Um-
rechnung der Besoldungsbezüge erwachsen dem Ministe-
rium vorerst noch umfangreiche Mehrarbeiten. Siewegen
muß für die nächste Zeit noch eine größere Anzahl von
Angestellten — etwa 20 — beibehalten werden.

An Ausgaben sind weiter vermerkt: Römisch-katholischer
Kultus 367 770 M., Alt-katholischer Kultus 31 625 M.,
Evangelischer Kultus 276 180 M., Israelitischer Kultus
7000 M., Universität Heidelberg 991 000 M., Universität
Freiburg 997 000 M., Technische Hochschule Karlsruhe
701 000 M.; zur Abhaltung von Volkshochschulkursen sind
4500 M. eingestellt.

Bei den höheren Lehranstalten ist zunächst bemerkt: In-
folge Durchführung der Personalabbau-Verordnung vom
5. Dezember 1923 kommen bei den höheren Lehranstalten
gegenüber dem Voranschlag 1922/23 an Stellen in Be-
trag: bei den wissenschaftlich gebildeten Lehrern 82, Mu-
siklehrern 4, Reallehrern 44, Sautplehrern (Sauptlehrer-
innen) 16, Hausmeister an Gymnasien 2, Seizern an
Seminaren 1, zusammen 149.

An Ausgaben sind zu registrieren: Gymnasien 1 527 900,
Lehrerbildungsanstalten 502 900, Realanstalten 3 594 100,
Aufbaurealschulen 94 840, Höhere Mädchenschulen
1 228 550, Höhere Lehranstalten insgesamt 6 948 290 M.

Das gewerbliche und kaufmännische Unterrichts-
wesen ist mit 2 446 310 M. eingestellt, darunter Uhrmacher-
schule Furtwangen 42 540, Schnitzerschule Furtwangen 25 950,
Gewerbeschulen 1 392 800, Gewerbliche Fortbildungsschulen
280 680, Handelsschulen 701 540, Musikschulen 800, Son-
stiges 2000 M.

Die Volksschulen kosten dem Staate für die nächsten
zwei Jahre 16 826 000, die Fortbildungsschulen 7 940 000,
Kreis- und Schulämter 290 220, Handarbeits- und Haushaltungs-
schulen 54 400 M., zusammen für das Volksschulwesen
19 110 620 M. Für Erziehungs- u. Unterrichtsanstalten für
nichtvollständige Kinder 415 020, für besondere Einrich-
tungen für Lehrerbildung 37 500, Jugendpflege und Volks-
bildung 20 000, für Beihilfen für Schüler 10 000, Für-
sorge für Kinder im vor- und nachschulischen Alter 2000 M.

Bei den Wissenschaften und Künsten steht an erster
Stelle das Generallandesarchiv in Karlsruhe mit einer
Ausgabe von 39 040 M., dann die Landesbibliothek mit
63 850, das Landesmuseum in Karlsruhe mit 55 250, die
Landesbibliothek für Naturkunde mit 62 060, die
Landesbibliothek für Kunst mit 47 810, die
Landeskunstschule in Karlsruhe mit 185 300, die Kunst-
gewerbeschule in Forzheim 109 670, das Staatstechnikum
in Karlsruhe mit 250 420, die Landessternwarte in Hei-
delberg mit 45 700, das Landestheater in Karlsruhe mit
994 500 M., dem an Einnahmen aus dem Theaterbetrieb
gegenüber stehen 749 500 M., somit Zuschußbedarf für den
Voranschlagszeitraum 1924/25 jährlich 245 000 M., woran
sich die Stadt Karlsruhe nach der mit der Staatsregie-
rung getroffenen Vereinbarung über den Betrieb des Lan-
destheaters vom 1. September mit 50 v. S. gleich 122 500
Mark beteiligt. — Das Nationaltheater in Mannheim ist
an Ausgaben mit 23 000 M. eingestellt; zur Förderung
wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen sind
21 900 vorgezogen, als Stipendien für Gelehrte und
Künstler 4750 M.

Soweit die ordentlichen Ausgaben. (Über die außer-
ordentlichen für sämtliche Ministerien haben wir bereits in
einem besonderen Artikel berichtet.) An Einnahmen
sind diesen Positionen gegenüber bei der Universität
Seidelberg 111 000, der von Freiburg 140 000, der Techn.
Hochschule Karlsruhe 73 000, der Gymnasien 528 600, den
Lehrerbildungsanstalten 33 500, den Realanstalten
1 797 000, den Aufbaurealschulen 59 600, den höheren
Mädchenschulen 614 300, zusammen für die höheren Lehr-
anstalten 3 033 000 M. Das gewerbliche und kaufmänni-
sche Unterrichts- und Künste ist an den Einnahmen
mit 1 047 170 M., und zwar Uhrmacher- und Kunst-
gewerbeschulen 2800 M., Schnitzerschule 3800, Gewerbeschulen
692 150, Handelsschulen 348 020 M.

Bei den Volksschulen ausschließlich Bürgerschulen ist bei
den Einnahmen bemerkt: Ertragsleistung der Gemeinden
auf Grund von § 28 des Steuerverteilungsgesetzes
1 305 290 M., für den aus der Staatskasse vorzuschüssig
bezahlten, den Gemeinden zur Last fallenden persönlichen
Aufwand und zwar: Anteil für Bürgerschulen mit dem
Lehrplan höherer Lehranstalten, sowie Aufwand für die
das gesetzlich gebotene Maß übersteigenden Lehrstellen.
— Die Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nichtvoll-
ständige Kinder bringen 90 950 M. Einnahmen. — Die
Wissenschaften und Künste sind mit 1 023 280 M. in den
Einnahmen verzeichnet, davon aus dem Theaterbetrieb
des Landestheaters allein 708 700 M.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten (Ernährung,
Wohnung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den
Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 21. Mai
auf das 1,15 Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der
Vorkriegszeit (1,18 Billionen) ist demnach eine Abnahme um 0,9
Proz. zu verzeichnen.

Der frühere Kronprinz ist in Potsdam eingetroffen. Wie
die „B. Z. A. M.“ erzählt, gilt sein Besuch lediglich seinen An-
dern. An der Einweihung des Denkmals für die Gefallenen
des Garde du Corps nimmt er nicht teil.

Der bayerische Landtag ist zum 3. Juni einberufen worden.
Volksgesetz über Auflösung des braunschweigischen Land-
tags. Das braunschweigische Staatsministerium hat als Tag
der Vorabstimmung über das Volksbegehren betr. die Auf-
lösung des Landtags den 13. Juli bekannt gegeben. Der
Abstimmungsantrag wurde feinerzeit von der deutschnationalen
Volkspartei eingebracht.

Die Bremer Bürgerhaftung wurde durch Kommunisten
gesprennt. Der Senat hatte die Arbeitszeit der Beamten auf
töchentlich 48 Stunden festgesetzt. Dabei aber 2 freie Nachmit-
tage eingeführt. Die Kommunisten und die Sozialdemokraten
verlangten dagegen die Beibehaltung der durchgehenden
Arbeitszeit.

Wahl-Nachwirkungen

Die öffentlichen Erörterungen über die politischen und
parteitaktischen Auswirkungen der verflochtenen Reichs-
tagswahl, die wir in der „Karlsruher Zeitung“ mehrfach
erwähnt haben, sind immer noch nicht beendet. Und zwar
gehen sie in der letzten Zeit von der Deutschen Volks-
partei über den Deutschliberalen, wie sie kurzweg genannt
werden, aus. Der Zentrumsführer, Prälat Dr. Schofer,
hatte in einer kurzen Ansprache in einer Freiburger Ver-
anstaltung erklärt, wenn man ihn von deutschliberalen
Seite nach der Regierungsumbildung in Baden frage,
dann müsse er die Vorfrage stellen, ob im Ernstfall wie
im letzten Winter wieder „zurückgepfiffen“ oder ob dieses
Mal Handlungsfreiheit mitgebracht werde.

Darauf läßt sich nun eine volksparteiliche Seite in der
„Dreisg. Ztg.“ u. a. wie folgt aus:

„Dr. Schofer geht um die fiktive Frage herum, wie
die Sache um den heißen Brei. Dr. Schofer nimmt,
um sich die Sache leicht zu machen, ein kleines Taschen-
spielerskunststückchen vor. Er erweckt den Anschein, als
bezwöckten unsere Anfragen die Vorbereitung eines
Eintritts der deutschen (liberalen) Volkspartei in die
Regierung. Davon ist selbstverständlich keine Rede. Dem
Zentrum und der Demokratie könnte es allerdings
passen, die Volkspartei gewissermaßen als Mitverant-
wortliche und Mitschuldige an den Glanzleistungen na-
mentlich der letzten Monate zu gewinnen und damit in
dem kommenden Landtagswahlkampf schwachmatt zu
sehen. Dr. Schofer weiß ganz genau, daß in der libera-
len Volkspartei auch an „maßgebender Stelle“ nie-
mand daran denkt, sich an der Regierung zu beteiligen;
er tut so, um sich um eine präzise Antwort zu drücken.
Auf solche Tricks fällt man aber heute nicht mehr
herein.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns in die Polemik zwi-
schen Zentrum und Deutsche Volkspartei zu mischen; aber
feststellen wollen wir doch, daß es ein seltsames Gebaren
ist, erst sich zu beschweren, daß man nicht in die badische
Regierung kommen kann, dann darnach zu bemerken:
Niemand denkt in der Deutschen Volkspartei daran, sich
an der Regierung zu beteiligen! Wozu dann, so muß
man fragen, die öffentliche Erörterung des Gegenstandes.
Zudem sagt auch der „Bad. Beobachter“ in seiner heuti-
gen Nummer:

„Es ist allen Politikern sehr wohl bekannt, daß nicht
das Zentrum daran schuld ist, wenn die Deutsche Volks-
partei in Baden immer noch keinen Anschluß an die
badische Regierungskoalition gefunden hat. Niemand
weiß das besser, als die Liberalen selber. Das Zentrum
denkt in bezug auf diese Dinge durchaus sachlich, aber
es kann sich doch nicht in die parteipolitischen Angele-
genheiten der badischen Deutschen Volkspartei mischen
und dort Meinungsverschiedenheiten beilegen, die in-
nerhalb dieser Partei in bezug auf Eintritt oder Nicht-
eintritt in die Regierungskoalition bestehen.“

Und diese Meinungsverschiedenheiten scheinen uns auch
heute noch nicht geklärt zu sein — trotz der Versicherung
des volksparteilichen Gewährsmannes der „Dreisgauer
Zeitung“, es wolle von seiner Partei niemand in die ba-
dische Regierung.

Der eigentliche Zweck der volksparteilichen Erklärung
wird aber erst später enthüllt. Da heißt es:

„Die Frage, um die es sich handelt, ist ganz einfach
und klar. Es ist die Frage, wie es das Zentrum ver-
antworten will, daß auch nach diesen Wahlen die So-
zialdemokratie mit 2 Ministern und 1 Staatsrat in der
Regierung vertreten ist und damit ein politischer Kurs
gesteuert wird, der der Meinung der badischen Bevöl-
kerung direkt ins Gesicht schlägt. Auf diese Frage war
eine Antwort zu erteilen. Wir werden sie vermutlich
nicht erhalten. Aber wenn ja, dann heißt es hier: Keine
Antwort ist auch eine Antwort.“

Was soll nun hier für eine Antwort erfolgen? Die So-
zialdemokratie will man aus der Regierung entfernt
wissen, obwohl sie doch doppelt so viele Stimmen bei der
letzten Reichstagswahl, wie die Deutsche Volkspartei er-
halten hat und nach wie vor die zweitstärkste Partei in
Baden ist, und selbst will man aber auch nicht in die Re-
gierung hinein. Erkläre mir, Graf Derindur!

Es ist schließlich gar nicht verwunderlich, wenn dem
volksparteilichen Schreiber ein bißchen Angst vor seiner
eigenen Vorschlägen wird. Er fürchtet wiederum die an-

nebliche Macht des Zentrums, denn er prägt noch den Satz:

„Das einzig Neue, was herauspringt, ist, daß das Zentrum (nach einer etwaigen Aufhebung des Arbeitsministeriums) glatt die absolute Mehrheit im Staatsministerium besitzt, auch dann, wenn es nicht den Staatspräsidenten stellt.“

Man erfieht aus diesem Artikel des Kreisgauer Volksparteilers die alte Tatsache herausleuchten: selbst nicht mitarbeiten zu wollen, andere, wie die Sozialdemokraten, davon abzuhalten und schließlich davor bange zu sein, daß eine Partei, in diesem Falle also das Zentrum, allein in Baden die politische Macht bekäme.

Mit solchen Rezepten kann man in unserer schweren Zeit den kranken Staatskörper nicht heilen.

Die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Baden

IV

Die allgemeine Wirtschaftslage wird grell beleuchtet durch die große Zahl von Anträgen auf Zustimmung zur Kündigung Schwerbeschädigter. Es waren 728 Kündigungsfälle gegenüber 119 im Vorjahre zu erledigen. Abgelehnt wurde die Kündigungszustimmung in 350 Fällen, dagegen mußte in 378 Fällen die Zustimmung gegeben werden.

Sie erfolgte in:

- 78 Fällen wegen völliger Betriebseinstellung,
- 239 Fällen wegen Betriebseinschränkung,
- 25 Fällen wegen ungeeigneter Beschäftigung,
- 4 Fällen wegen andauernder Krankheit und
- 32 Fällen wegen groben Selbstverschuldens.

In 154 Fällen wurde die Zustimmung an Bedingungen geknüpft. Im einzelnen wurde in 45 Fällen die Weiterbeschäftigung bis zum Erhalt einer anderen Arbeitsstelle, in

80 Fällen die Ausdehnung der Kündigungsfrist auf 3 Monate (§ 15 S.B.G.), in

2 Fällen die Zahlung einer Entschädigung, in

27 Fällen die sofortige Einstellung eines anderen Schwerbeschädigten (14 S.B.G.) erreicht.

In obigen Zahlen sind auch die vom Behördenabbau betroffenen Schwerbeschädigten mitenthalten. Auf Grund der Personalabbauverordnung wurden von den in Baden gelegenen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden 251 Anträge auf Zustimmung zur Kündigung eingereicht. Erteilt wurde die Zustimmung in 149, verjagt in 102 Fällen. In 9 Fällen wurde die von der Hauptfürsorgestelle verlagte Zustimmung gemäß § 21 S.B.G. durch die betreffenden obersten Reichsbehörden erteilt. 5 Schwerbeschädigte wurden ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle entlassen, weil sie es veräumt hatten, ihrer Behörde von ihrer Schwerbeschädigten-eigenschaft Kenntnis zu geben. In den einstweiligen Ruhestand wurden verjagt, soweit der Hauptfürsorgestelle darüber Nachricht zuzuging, 10 Schwerbeschädigte Beamte.

Von dem Rechte des § 8 des Schwerbeschädigtengesetzes Gebrauch machend, stellten 291 Personen Anträge auf Zubilligung des Schwerbeschädigtenschutzes. 42 Anträge mußten mangels der erforderlichen Voraussetzungen abgelehnt werden. 178 Minderbeschädigten und 71 Schwererwerbsbeschädigten wurde der beantragte Schutz zugestanden.

Die Unterbringung der Schwerbeschädigten bei privaten Arbeitgebern vollzog sich auch im Berichtsjahr 1923/24 reibungslos. Im allgemeinen darf anerkannt werden, daß die badischen Arbeitgeber dieser Frage volles Verständnis entgegenbringen. Das gleiche Verständnis war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch bei Eintritt der Wirtschaftskrise anzutreffen, als es sich darum handelte, die Schwerbeschädigten bei den einsetzenden Massenentlassungen von Arbeitnehmern möglichst schonend zu behandeln. Eine ganze Anzahl von Arbeitgebern, namentlich größere Firmen, erklärten sich freiwillig bereit, einen wesentlich höheren Prozentsatz an Schwerbeschädigten zu behalten, als das Gesetz vorsieht.

Die im Gesetz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen brauchte die Hauptfürsorgestelle nur selten anzuwenden. Bei 7 Firmen machte sich die zwangsweise Einstellung von 16 Schwerbeschädigten nötig. Ein landwirtschaftlicher Arbeitgeber mußte auf Antrag der Hauptfürsorgestelle vom zuständigen Schöffengericht mit einer empfindlichen Buße belegt werden. 3 Firmen mußte wegen der ihnen eigentümlichen Verhältnisse vorübergehend von der Einstellungsfrist befreit werden. An die Befreiung wurden Bedingungen geknüpft. In 9 Fällen wurde der Arbeitgeber gestattet, an Stelle eines Schwerbeschädigten eine Kriegertwitve zu beschäftigen. Hier wurden ebenfalls Bedingungen gestellt. Ebenso wurde bei 2 Firmen die Einstellungsfrist als erfüllt angesehen durch die Beschäftigung von Angehörigen Schwerbeschädigter.

In 3 Fällen machte die Hauptfürsorgestelle Gebrauch von der Sperrung von Arbeitsplätzen. Die Sperrung erfolgte in der Weise, daß der für den Schwerbeschädigten geeignete Arbeitsplatz bei seinem Freiwerden der Hauptfürsorgestelle zur Besetzung mit einem Schwerbeschädigten gemeldet werden muß.

Die Hauptberufsberatungsstelle hatte in 31 Fällen Stellung zur Erteilung des Beamtenstatus zu nehmen.

Der gemäß § 22 des Schwerbeschädigtengesetzes bei der badischen Hauptfürsorgestelle errichtete Schwerbeschädigtenauskunft brauchte im Berichtsjahre nur einmal zu tagen.

D. Personalabbau und Fürsorgepflichtverordnung.

Der Personalabbau wurde bei der Hauptfürsorgestelle selbst schon vor Erscheinen der Personalabbauverordnung begonnen, da die verhältnismäßig geringen allgemeinen und Sondermittel nach und nach auch im Lande ein Nachlassen der Fürsorgeanträge nach sich zogen, wodurch der Arbeitsstoff der Hauptfürsorgestelle verringert wurde, so daß bereits Ende September 1923 einer Anzahl Beamten und Angestellten zum 31. Dezember 1923 gekündigt werden konnte. Die Kündigungen nahmen durch die Personalabbauverordnung zu. Der Personalbestand der Hauptfürsorgestelle ist infolgedessen um 32,56 % verringert worden.

Die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 100) und die badische Ausführungsverordnung dazu vom 29. März 1924 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 59) verlegen die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von den amtlichen Fürsorgestellen an die nimmere zuständigen Bezirksfürsorgeverbände. Die Mittel werden auch für die Kriegsoberfürsorge ab 1. April 1924 grundsätzlich nicht mehr vom Reich, sondern von den Bezirksfürsorgeverbänden und dem Landesfürsorgeverband aufgebracht. Die badische Hauptfürsorgestelle als solche ist durch die badische Ausführungsverordnung auf 1. April 1924 aufgehoben; ihre Aufgaben wurden dem Arbeitsministerium übertragen. Durch diese Umorganisation ist der Schwerpunkt der Fürsorge nimmere den Bezirksfürsorgeverbänden übertragen worden. Das Arbeitsministerium ist Beschwerdeinstanz und nur für wenige Sonderzweige der Fürsorge, die einer zentralen Regelung vorbehalten wurden, zuständig. Es wird die Aufgabe sein, darüber zu wachen, daß die Ausübung der Kriegsoberfürsorge nach den bewährten Grundfäden fortgesetzt wird. Diese Grundfäden sind durch die neuen Grundfäden über Voraussetzungen, Art und Maß öffentlicher Fürsorgeleistungen vom 27. März 1924 (Reichsgesetzblatt I, Seite 379) ausdrücklich aufrecht erhalten.

Neuregelung der Beamtengehälter

ab 1. Juni

Die Besprechungen zwischen den Spitzenorganisationen der Beamten und Vertretern des Reichsfinanzministeriums über eine Wiedererhöhung der Beamtengehälter sind Freitag mittag zum Abschluß gebracht worden mit dem Ergebnis, daß vom 1. Juni an die Grundgehälter ganz allgemein auf 80 Prozent des Friedensstandes bemessen werden. Von zuständiger Stelle wird darüber mitgeteilt:

Die mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 festgesetzten Sold- und Gehaltsbeschlüsse der Reichsbeamten mußten im Interesse der Aufrechterhaltung der damals gerade unter großen Opfern erkämpften Stabilität der Währung und zur Bilanzierung des Übergangsausfalls des Reiches derart niedrig gehalten werden, daß die Reichsregierung sie schon damals als nur für eine kurze Übergangszeit tragbar erklärte. Eine gewisse Aufbesserung erfolgte deshalb schon mit Wirkung vom 1. April 1924 an insbesondere auch mit Rücksicht auf die Steigerung der Mieten. Diese Regelung trug aber den Lebensnotwendigkeiten der Beamten noch nicht ausreichend Rechnung; vielmehr blieben ihre Bezüge in den unteren Besoldungsgruppen noch um etwa 25 Prozent, in den mittleren und höheren Besoldungsgruppen bis zu mehr als 50 Prozent hinter den Bezügen der Vorkriegszeit zurück. Wenn auch nach dem verlorenen Kriege von allen Teilen der Bevölkerung Opfer gebracht werden müssen so erfordern es die staatspolitischen Notwendigkeiten, daß die mit der Erfüllung der Staatsaufgaben betrauten Beamten vor den größten wirtschaftlichen Sorgen geschützt werden; insbesondere sind auch die Opfer die bisher nicht nur von den Beamten des unteren, sondern besonders auch von denen des mittleren und höheren Dienstes verlangt worden sind, so groß wie bei kaum einem anderen Teil der Bevölkerung. Diese Verhältnisse sind jetzt nicht mehr tragbar, vielmehr drängen sie zu einer grundlegenden Änderung, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch dieser Beamtenschaft und damit schwere Schädigungen für das allgemeine Staatswohl verhindert werden sollen.

Mit Wirkung vom 1. Juni sollen daher die Grundgehälter auf 80 Prozent der Grundgehälter von 1913 umgestellt werden. Unter Hinzurechnung der sozialen Zuschläge (Frauen- und Kinderzuschläge) nähern sich damit die Bezüge der verheirateten unteren Beamten mit mehreren Kindern denen von 1913, während die der Beamten in den mittleren und höheren Besoldungsgruppen auch unter Hinzurechnung dieser sozialen Zuschläge noch immer nicht unterhalb der Bezüge der Vorkriegszeit zurückbleiben. Wenn diese Regelung auch noch nicht allen Wünschen der Beamtenschaft Rechnung tragen mag, so muß doch andererseits beachtet werden, daß sie das Äußerste darstellt was bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches mit einer ordnungsmäßigen Haushaltswirtschaft vereinbar ist und wegen der möglichen Rückwirkung auf die Wirtschaft gerade noch verantwortet werden kann.

Die neuen Beamtengehälter die vom 1. Juni an gelten, werden in den einzelnen Besoldungsstufen folgende Höhe erhalten:

Klasse	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
	804 bis 1068	1176	1284	1476	1728	2280	3120	3600	4140	5400	6300	7200	9600

Die Kinderzuschläge betragen für Kinder von 1 bis 6 Jahren monatlich 16 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren monatlich 18 M. und für Kinder von 14 bis 21 Jahren monatlich 20 M. Der Frauenschlag ist auf 10 M. monatlich festgesetzt worden. Die von den Beamtenorganisationen ursprünglich verlangte Vorauszahlung auf das Junigehalt vom Reichsfinanzminister endgültig abgelehnt worden.

Die Regierungsbildung im Reich

Auf Einladung des Deutschen Volkspartei traten am Freitag im Reichstagsgebäude zu Berlin die Parteiführer des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zu erneuten Besprechungen zusammen. Die national-sozialistische Freiheitspartei war zu den Besprechungen nicht hinzugezogen worden. Persönliche Fragen wurden in der Erörterung nicht berührt. Die Verhandlungen bewegten sich nur auf sachlichem Gebiet. Weitere Erörterungen werden folgen. Von den Mittelparteien wurde der Anschauung Ausdruck gegeben, daß das Sachverständigengutachten die Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems bedeute, und daß auf dieser Grundlage weiter gearbeitet werden müsse. Als Ergebnis wurde folgender Bericht von den verhandelnden Parteien ausgegeben:

„Die bereits angekündigten Verhandlungen nahmen Freitag vormittag unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz ihren Anfang. Es fand eine eingehende Besprechung über die sachlichen Grundlagen einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offen gelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herührende, mit den anderen Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet, insbesondere verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einstweilen nicht zu veröffentlichen. Die Verhandlungen werden Samstag vormittag 10 Uhr fortgesetzt.“

Über das von den Mittelparteien in der Besprechung den Deutschnationalen vorgelegte Programm weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten: Nach dem Programm muß das Sachverständigengutachten als Ganzes angenommen werden. Verhandlungen über Einzelheiten sollen aber geführt werden, wo Widersprüche u. Unklarheiten vorhanden sind u. zur Ausführung des Gutachtens gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind. Im übrigen werden in dem Programm bestimmte Voraussetzungen festgelegt, ohne die von einer Verwirklichung des Gutachtens deutscherseits nicht zu denken ist. Dazu gehören die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten, die Wiederaufrichtung der Zollgrenze nach dem Westen, die unbeschränkte Freiheit des Reiches in den besetzten Gebieten, die Durchführung der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen, schließlich die Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes.

Wie die Blätter melden, sei im allgemeinen unter den Teilnehmern der Besprechung die Ansicht vorhanden, daß die Beratungen diesmal nicht ganz aussichtslos zu sein scheinen. Die „Zeit“ sieht in der Fortführung der Besprechung am Samstag einen Beweis dafür, daß die Parteien über die Möglichkeit einer Einigung beraten und bestrebt sind, eine solche herbeizuführen.

Politische Neuigkeiten

Die Folgen des Ruhrkonfliktes

Die Kohlenwerke haben sich wegen Kohlenmangel gezwungen gesehen das Büttenwerk Hamborn-Bruchhausen, welches 1300 Arbeiter beschäftigt und das Werk Dinslaken mit 4000 Arbeitern still zu legen. Die Stilllegung der Werke in Mülheim ist nur noch die Frage von Tagen. — In Wottrup steht die untere Sohle der staatlichen Mühlenwerke infolge Einstellens der Notstandsarbeiten unter Wasser. Von der Krupp'schen Gießerei in Essen wird mitgeteilt, daß infolge Kohlenmangels ein Teil der Feuerbetriebe heute früh, ein anderer Teil Sonntag früh stillgelegt werden muß.

In den am Freitag in Offen stattgefundenen Verhandlungen bezüglich der Verbindlichkeitsklärungen des am 16. Mai für den Ruhrbergbau in Berlin gefällten Schiedsspruches wurde vom Schlichter keine Einigung erzielt.

Die Stellung Millerands

Paris, 23. Mai. Das „Oeuvre“ wirft in seinem heutigen Leitartikel wieder die Frage „Millerand“ auf. Nachdem das Blatt gestern gemeldet hatte, daß nicht vor dem 3. Juni mit der Bildung des neuen Kabinetts gerechnet werden könne, schreibt es heute, wenn die Verhandlungen der linken Parteien so ausfallen, wie zu erwarten sei, und wenn die Wahl des Vorsitzenden der Kammer diejenige sei, die man erwarte, so werde die Unterbrechung, die am 3. Juni Millerand mit dem Vorsitzenden des Senats und der Kammer haben werde, entscheidend sein. Man würde es nicht glauben, daß nachdem die republikanische Mehrheit dem Präsidenten der Republik zu verstehen gegeben hätte, daß sie nicht mit ihm zusammen arbeiten wolle, sich nur ein einziger Politiker finde, der gegen dieses Stichwort verstoße. Auf alle Fälle könne man sicher sein, daß er sich nicht in den Reihen der qualifizierten Persönlichkeiten finden werde. Die Linksparteien, die in der heutigen schweren Zeit die Re-

BÜCHERANZEIGE

Der große Bucherfolg!

120. bis 150. Tausend

Dr. med. Benno Koppenhagen
Aus dem Tagebuche eines
Thüringer Landarztes

Einige aus den vielen glänzenden Urteilen:

„Diese heiteren Erlebnisse des Landarztes sind so erfreulich und köstlich geschrieben. Man muß Tränen lachen.“

„Wir haben seit langem kein so köstliches Buch gelesen, bei dem wir so aus vollem Herzen gelacht haben.“

„Ein erschreckend lustiges, ja von Humor und Laune sprühendes Buch, in seinem elegant-buntenverpackten leichten Stil, in feiner Art, mit den Dingen und den Menschen zu spielen, einzig.“

Illustrierte Ausgabe

mit 20 köstlichen Bildern

Auf holzfreiem Papier in Halbleinen

gut gebunden M. 4.—

Vorrätig in allen Buchhandlungen od. dir. zu beziehen durch den

DREI SONNEN VERLAG · LEIPZIG

Georgiring 3/5 · Postfachkonto Leipzig 68544

gierung übernehmen würden, übernehmen damit eine furchtbare Verantwortung. Von ihrem Erfolge oder Mißerfolg werde das Geschick des ganzen Landes abhängen. Ihnen steht es also vollkommen zu in einem solchen Falle alle Vorkehrungsmassregeln zu treffen und zum mindesten zu verlangen, daß das Staatsoberhaupt sie nicht verrate. Bisher habe man auch nicht vergessen wie Willeram die Verhandlungen Brlands in Cannes zum Scheitern gebracht, habe.

Englische Sozialisten zum Dawesgutachten

Aus London wird gemeldet, daß der Vollausschuß der Union für demokratische Kontrollen die Hoffnung ausdrückt, daß die französische und die deutsche Regierung den Dawesbericht annehmen würden. Der Ausschuss vertrete jedoch nachdrücklich die Ansicht, daß die Politik und die Grundsätze, die sogar in diesem Bericht immer noch Ausdruck fanden, nämlich, daß weitere ungeheure Summen als Tribut auf eine unbestimmte Zahl von Jahren an die im Weltkrieg siegreichen Staaten vom deutschen Volk bezahlt werden sollten, moralisch verfehlt, politisch unklar und wirtschaftlich katastrophal seien. Diese Grundsätze sind moralisch falsch 1. weil das Auferlegen einer deutschen Kriegsschuld auf der Annahme beruht, daß das Vorkriegsdeutschland allein für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht werden könne, welche zum Ausbruch des Krieges führten, 2. weil die Anerkennung dieser Verpflichtung durch Deutschland in dem Versailler Vertrag unter Zwang erfolgt ist. Ferner ist die Verfolgung dieser Grundsätze politisch unweise, weil sie keinen Geist des Glaubens und des guten Willens aufkommen läßt, Deutschland von dem Eintritt in den Völkerverbund abhält und so ein Hindernis für eine tatsächliche und moralische Abrüstung bildet. Die Zahlung dieser ungeheuren Summe wird sich aber als wirtschaftlich verhängnisvoll erweisen, weil in Europa keine stabilen Wirtschaftsverhältnisse möglich sind, solange man auf diesen Zahlungen besteht.

Die Union der demokratischen Kontrolle empfiehlt deshalb der englischen Regierung im Falle des Scheiterns des Dawesberichts, sich niemals wieder auf eine Politik festzulegen, die die Zahlung von unmöglichen Summen in Geld oder in Form von deutschem Volk verlangt und ferner mit den Alliierten zu einem ausdrücklichen Übereinkommen zu gelangen, daß keine der Signatarmächte im Falle eines neuen Verschuldens Deutschlands eine Sanctionen unternehmen darf. Unmittelbar nach der Annahme des Dawesberichts durch die französische und deutsche Regierung hält es die Union für demokratische Kontrolle für wünschenswert, daß Großbritannien auf jeden Anteil an Zahlungen an den Reparationen verzichtet, vorausgesetzt, daß dieser Verzicht die Gesamtsumme nicht, die gleiche Summe ermäßigt, daß Großbritannien Deutschland aufzufordern, um Aufnahme in den Völkerverbund zu erlauben und seine Ansprüche auf Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten unterlieft.

Wie aus London gemeldet wird, hat die Kundgebung in maßgeblichen politischen Kreisen einen recht unangenehmen Eindruck gemacht, da man der Ansicht ist, daß diese Erklärung geeignet sei in der deutschen Öffentlichkeit ungerechtfertigte Hoffnungen bezüglich der künftigen Haltung der englischen Regierung auszulösen. Die Union sei eine private Organisation die in keinerlei Verbindung steht mit der Regierung und sogar nicht einmal berechtigt sei im Namen der Arbeiterpartei zu sprechen.

Badischer Teil

Kommunistisches Propagandamaterial

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Nr. 43 der Oberbadischen Arbeiterzeitung vom 22. Mai 1924 und Nr. 59 der Mannheimer Arbeiterzeitung vom 19. Mai 1924 ist ein an den badischen Innenminister gerichteter offener Brief erschienen, in welchem Beschwerde darüber geführt wird, daß gewisse Gegenstände, Mitgliedsbücher, politische Literatur usw. bei Kommunisten beschlagnahmt und nicht wieder zurückgegeben worden seien. Diese Vorwürfe gegen den Innenminister sind in jeder Hinsicht unbegründet.

Durch Anordnung des Chefs der Heeresleitung vom 26. 12. 1923 wurde i. J. bestimmt, daß das auf Grund seiner Verordnung vom 20. 11. 1923 beschlagnahmte Propagandamaterial einzustampfen sei. Dieser Anordnung des Chefs der Heeresleitung, auf welche der Innenminister keinerlei Einfluß hatte und zu deren Abänderung er in keiner Weise befugt war, mußte von den Polizeibehörden Folge geleistet werden. Diese letzteren sind somit lediglich im Auftrage und unter alleiniger Verantwortung des Inhabers der vorliegenden Gewalt in Tätigkeit getreten. Nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wurde seitens des Innenministers die sofortige Rückgabe derjenigen Gegenstände angeordnet, die noch nicht vernichtet worden waren. Soweit diese Rückgabe im einzelnen Falle nicht alsbald geschehen war, wurde sie auf eingehende Beschwerde hin sofort veranlaßt.

Kinderfürsorge

In dem sogenannten Werke zur Linderung der Not der deutschen Kinder hat sich von den benachbarten neutralen Staaten namentlich die Schweiz durch die liebevolle Aufnahme und fürsorgliche Verpflegung der infolge der Hungerbedrohade körperlich zurückgekommenen Kinder und insbesondere auch solcher von deutschen Eisenbahnern schon wiederholt in wirksamer Weise beteiligt. Die Zentralstelle der Schweizer Fürsorge für deutsche Kinder befindet sich in Bern, ein von Herrn Dr. Bierbaum geleitetes Unterkomitee in Zürich, wo Herr Präsident Strauß besonders für die Eisenbahner-Kinderhilfe wirksam ist. Seiner persönlichen Tätigkeit ist vor allem zu verdanken, daß 288 unterernährten Eisenbahnerkindern — darunter 120 Arbeiterkindern — aus den Bezirken der Reichsbahndirektionen Frankfurt (Main), Mainz, Würzburg, Ludwigshafen und Karlsruhe die Wohlthat eines neuwöchigen Erholungsurlaubes vom Februar ds. J. ab in der Schweiz zuteil wurde.

Mit einem besonders einlegigen Kinderzug fuhren am 6. Februar ds. J. abends 11.15 Uhr 560 pflegebedürftige, aber erwartungsvolle Kinder nach Basel, wo sie am frühen Morgen eintrafen. Nach einem überaus herzlichen Empfang wurde die Weiterbeförderung der Kinder nach den einzelnen Pflegestellen sofort veranlaßt. Dort wurden sie von den Pflegeeltern — durchweg Familien von Bundesbahnbediensteten — in der freundlichsten Weise aufgenommen und im engsten Familienanschluß vortrefflich versorgt.

Am 9. April wurden die Kinder in Zürich wieder zur Rückreise nach Deutschland abgeholt. Sie waren durchweg in bester gesundheitlicher Verfassung und wiesen durchschnittlich eine Gewichtszunahme von 5 Kilo auf, in Einzelfällen sogar erheblich mehr. Die reisenden Eltern, die sich beim Abschied von den Pflegeeltern abschieden, zeigten von der ebenbürtigen liebevollen Behandlung, die die Kinder dort gefunden hatten, ihr

blühendes Aussehen, die Versorgung mit Lebensmittelvorräten und oft sogar mit frischer Wäsche von der Fürsorglichkeit, mit der man sich ihrer angenommen hatte. Der mit der Abholung der Kinder betraute Vertreter der Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) hatte Gelegenheit, der Schweizer Kinderhilfe und insbesondere dem Züricher Unterkomitee und dem Präsidenten der Eisenbahnerkinderhilfe bei einem Abschiedabend in Zürich für die den Pflegeeltern in so reichem Maße zuteil gewordene Fürsorge im Namen des Ministeriums den warmsten Dank auszusprechen, dem sich der anwesende deutsche Generalinspektor in Zürich mit bereiten Worten anschloß.

Am 9. April wurde von Basel aus die Rückreise nach Deutschland angetreten und zwar im D-Bus 41 mit 134 und im besondern Kinderzug mit 686 Kindern. Bei der Ankunft auf den verschiedenen Heimatabbahnhöfen hatten sich die Eltern zum Empfang eingefunden, die übrigen Kinder wurden durch besondere Begleiter ihren Angehörigen angeführt.

Die auch in diesem Falle wieder bewiesene opferfreudige und tatkräftige Hilfe unserer Schweizer Nachbarn läßt nicht nur in den Herzen der bedachten Eisenbahnerfamilien, sondern im ganzen deutschen und besonders im badischen Volke die Gefühle aufrichtiger und herzlichen Dankes aus, die auch hier zum Ausdruck gebracht werden sollen.

Die Statistischen Mitteilungen

Die auf 1. April eingestellten monatlichen „Statistischen Mitteilungen“ sollen in einer gekürzten Form in Vierteljahresnummern wieder erscheinen. Außerdem soll das statistische Jahrbuch für die Kriegsjahre und Nachkriegsjahre in einem beschränkten Umfang von etwa 100 Seiten herausgegeben werden.

Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamteneverbände

Die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamteneverbände (Rat) hat am 22. bis 25. Mai in der Stadtgartenrestaurant am Dommerstag, den 22. Mai im Stadtparktagungssaal die Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamteneverbände abgehalten. Die Tagung wurde durch den Vorsitzenden, Eisenbahnoberingenieur Duden im großen Sitzungssaal des Rathauses statt. Als Vertreter der Behörden und angeschlossenen Verbände waren erschienen: die Herren Oberbürgermeister Dr. Winter-Karlsruhe, Oberbürgermeister Emel und Regierungsrat Scheel von dem badischen Arbeitsministerium und dem badischen Finanzministerium, Ministerialrat Frisch vom badischen Finanzministerium, Regierungsrat Baaner von der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Postbaurat Reiser von der Oberpostdirektion Karlsruhe, Präsident Prof. Dr. Streder-Heidelberg und Regierungsrat Roth-Karlsruhe als Vertreter des Reichsbundes Deutscher Techniker, Dr. Waldmann als Vertreter des Deutschen Beamteneverbundes, Polizeirat Niedinger als Vertreter des badischen Beamteneverbundes, Direktor Weiler als Vertreter des Landeskartells Baden des Deutschen Beamteneverbundes, Amtsrat Brande als Vertreter des preussischen Beamteneverbundes und Bauinspektor Heinselmann als Vertreter des Landesverbandes der technischen Vereine Badens. In allen Begrüßungsansprachen kam zum Ausdruck, daß es nicht um der Techniker wegen, sondern vielmehr im Interesse der Volkswirtschaft und des Wiederaufblühens Deutschlands notwendig sei, den Technikern die gebührende Stellung sowohl in der Verwaltung als im freien Berufe einzuräumen. An der Spitze der deutschen Wirtschaft und besonders der deutschen Städte haben die Techniker einen erheblichen Anteil. Nur durch das innige Zusammenarbeiten der Verwaltungs- und technischen Beamten, besonders in den Magistraten und Stadträten der deutschen Städte, konnte der vor dem Krieg vorhandene Wohlstand dieser Städte erreicht werden.

Nach Erstattung des Jahresberichts, der zeigte, daß im Jahre 1923 trotz erheblicher Schwierigkeiten, hervorgerufen durch den Verfall der deutschen Währung und die allgemeine Not in der Beamtenschaft, doch bedeutende Arbeiten geleistet wurden, befaßte sich der Vertretertag nach einem ausführlichen Referat des Regierungsrats und Baurats Marciniowski mit der Organisation der öffentlichen Betriebe. Nach Ansicht der technischen Beamten müssen öffentliche Betriebe, seien sie nun beim Reich, beim Staat oder bei den Gemeinden, in öffentlicher Bewirtschaftung verbleiben, da diese Betriebe als größte Nachmittels des Staates nicht der Privatwirtschaft übergeben werden können. In erster Linie ist es notwendig, daß Eisenbahn und Post unbedingt in öffentlicher Hand verbleiben und daß in diesen großen Betrieben das Berufsbeamtentum, das nur die erforderliche Sicherheit und Stetigkeit in der Betriebsführung gewährleistet, in vollem Umfange aufrecht erhalten wird. Wir werden über den weiteren Verlauf der Tagung berichten.

Bevorstehende kirchliche Tagungen

Am Sonntag, den 25. Mai, nachm. 2.30 Uhr wird in Heidelberg in der Christuskirche der Landesverein für Heidenmission sein Jahresfest abhalten; die Festpredigt hält Stadtpfarrer Roth-Mannheim; tags darauf ist Missionskonferenz; Missionsinspektor Olli aus Basel wird sprechen über „Das Selbstbestimmtheitsstreben der farbigen Rassen und die Mission“ — Am Sonntag, den 26. Mai, feiert das Diakonissenhaus in Mannheim das 40. Jahresfest mit Festpredigt von Pfarrer D. Schmittner und Einsegnung von Schwefeln. — Am gleichen Tage findet in Badenweiler wie in den letzten Tagen ein Gemeindefest statt; die Festpredigt hält Professor D. Dr. Frommel-Heidelberg. — Das Jahresfest des badischen Landeskirchenvereins, das am nächsten Sonntag in Pforzheim stattfinden sollte, wird auf den Herbst verschoben.

Landesversammlung der badischen Schmiedemeister

Vom 17. bis 19. Mai wurde in Freiburg i. Br. die Landesversammlung der badischen selbständigen Schmiedemeister, deren Verband etwa 2400 Mitglieder umfaßt, in Anwesenheit von Vertretern des Staats, der Stadt, der Innungen, der Handwerkskammer und sonstigen Organisationen abgehalten. Die Tagung, die unter der Leitung des 1. Vorsitzenden des Landesverbandes, Obermeister Lieberer, statt fand, war aus allen Teilen des Landes stark besucht. Nach den Begrüßungsreden ergriff der Verbandssekretär und Schriftführer Gerhard den Jahresbericht. Bezüglich der Beanstandung des Landespreisausschusses, wozu letzteres die Preise in Schmiedegeräte zu hoch fand, wurde bemerkt, daß eine genaue Kalkulation ergeben würde, daß die Preise niemals zu hoch gewesen seien. Auch das Schmiedehandwerk leide unter dem furchtbaren Druck. Die Handwerker- und Bewerberausstellung in Karlsruhe wies eine gute Besichtigung mit vorzüglichen Schmiedearbeiten auf. Beim Punkt Rechnungsablage wurde der Jahresbeitrag auf 6 Goldmark pro Mitglied festgesetzt. Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Veterinärarzt Dr. Derrwäher-Freiburg hielt einen interessanten Vortrag über Hufschlag, wobei er die Schmiedemeister ermahnte, Lehrlinge, welche die Hufschlagsschule zu besuchen beabsichtigen, gründlich vorzubilden.

Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indeziffer für den 21. Mai beträgt 1170,09 Milliarden. Da am 14. Mai die Indeziffer 1207,6 betrug, ist vom 1. bis 21. Mai ein Rückgang um 3,0 Prozent eingetreten. Die Senkung ist auf die Ermäßigung der Gemüse- und Fleischpreise zurückzuführen.

Der Bürgerausschuß Kehl hat mit 34 gegen 22 Stimmen die städtische Vermögenssteuer in Anlehnung an die Reichsnormenverordnung dahin abgeändert, daß der einheitliche Satz jetzt 25 Proz. beträgt. Genehmigt wurde ein Zuschlag von 4 Proz. zur Grundwertsteuer und der Beitritt zum Unterjünglingsverband Offenburg beschlossen. Genehmigt wurde nach längerer Debatte mit 52 gegen 11 Stimmen die bereits angekündigte Bereitstellung eines Kredits von 100 000 M. zur Hingabe von Pandarissen. Der Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer beträgt 100 Proz. Bei der Anpassung der Satzungen der städtischen Sparkasse an die neue Verordnung erubte man, daß die Entwicklung der städtischen Sparkasse eine befriedigende ist. Sie hat ihre Arbeit mit 12 000 G.M. wieder aufgenommen und die Spareinlagen sind bereits auf 60 000 M. angewachsen. Der Gedanke an die Zusammenlegung der fünf anderen Sparkassen und Gründung einer Bezirkssparkasse hat im Bezirk keinen Anklang gefunden. Die Entschädigung für die Gemeinderäte wird auf 300 M. festgesetzt.

Kommunales aus Adolphzell. Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1924, der nunmehr dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden soll, weist einen ungedeckten Aufwand von 105 214 M. auf, wovon 6228 M. durch die Bürgergenüßausgabe gedeckt werden. Die restlichen 98 986 M. sind durch Umlage aufzubringen. Hierzu wird eine vorläufige Umlage von 40 Pf. jährlich zu erheben sein.

Aus der Landeshauptstadt

Die Reichsfarben. Auf Grund einer Anordnung des Reichsministers des Innern haben die Dienststellen tragenden Beamten, also Reichsbahn-, Reichspost-, Zollbeamte usw., von jetzt ab an den Dienstmützen als Hoheitszeichen des Reiches die schwarz-rot-goldene Reichsfarbe zu tragen; über ihr ist an dem oberen Teil der Mütze die Landesfarbe anzubringen. Die Reichsbahnbeamten tragen außerdem das Flügelrad, das gleichzeitig eine neue Form erhalten hat, und die Reichspostbeamten den Reichsadler. Die Reichsfarbe für Beamte ist in der feineren üblichen runden Form hergestellt und unterscheidet sich also von derjenigen für die Reichswehr, die das Reichswappen in länglicher Form zeigt.

Argentinien feiert am 25. Mai ds. J. die 114. Wiederkehr seines größten Nationalfeiertages. Am genannten Tag des Jahres 1810 begann die Loslösung des damaligen Vize-Königreiches vom spanischen Mutterlande, welche nach langen Kämpfen erst im Jahre 1816 zur völligen Unabhängigkeit führte. — Das hiesige Argentinische Vize-Konsulat hat aus Anlaß dieses Feiertages geflaggt.

Den 70. Geburtstag bei seltener körperlicher und geistiger Frische feierte gestern ein hochgeschätzter Bürger unserer Stadt Architekt und Altstadtrat Gottfried Janser.

Kammerjäger Heinrich Gensel, der berühmte Feldtenor, hat sein diesjähriges Konzert für Mittwoch den 28. Mai angekündigt. Vielfachen Wünschen entsprechend, hat sich der gefeierte Künstler entschlossen, sein Programm infolgedessen zu bereichern, als er nicht nur ausschließlich Wagner sang, sondern im ersten Teile auch Lieder von Schubert, Beethoven und Richard Strauß zum Vortrag bringen wird. Im zweiten Teil wird er dann die Glanznummern aus seinem Wagner-Repertoire singen. Der ständige Begleiter von Kammerjäger Gensel, Michael Koffer, ein ganz vorzüglicher Pianist, hat auch für Karlsruhe die Niederbegleitung übernommen und wird auch mehrere Solostücke von Liszt spielen. Der Vorverkauf in der Musikalienhandlung Kurt Knefeldt wurde eröffnet.

Der Verein ehemaliger Iller hielt am Sonntag sein 29. Stiftungsfest im Saale der Walthalla unter großer Beteiligung ab. Ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm bereicherte die Feier.

Tagung. Sonntag, den 15. Juni findet hier die Tagung des Reichsbundes der deutschen Kürschner, Bezirksverband Süddeutschlands statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 22. Mai. Wie das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt mitteilt, betrug die Zufuhr auf dem Spargelmarkt am Dienstag 11,90 Zentner. Die meisten Spargeln — 5,55 Zentner — stammten aus dem Vorort Käferthal; Die Verbraucherpreise bewegten sich zwischen 30 Pfennig (Spargel) und 70 Pfennig (Spargel 1. Sorte) für das Pfund; gegenüber dem Montag-Markt war beim höchsten Preis ein Rückgang um 15 Pfennig eingetreten. Am Mittwoch, den 21. d. M., war das Angebot geringer.

DZ. Mannheim, 23. Mai. Die Zeitung des badischen Volkstheatertheaters (V. V. A.), Direktor Kurt Kupli, hat, um den außerordentlichen Bedürfnissen nach literarisch wertvollen Darbietungen in den unzähligen mittleren und kleineren Theaterstädten nachzukommen, eine Kammer- und Lustspielabteilung errichtet. Dieses Zweigunternehmen, das unter der künstlerischen und geschäftlichen Leitung von Direktor Robert Braun (früher Stadttheater Straßburg i. E., Landesheater Karlsruhe i. V., Stadttheater Baden-Baden) steht, wird zunächst Nordbaden bereisen.

Freiburg i. Br., 23. Mai. Der Kölner Männergesangsverein traf in Stärke von ca. 300 Mann hier ein. Auf dem Rathausplatz fand ein öffentlicher Empfang statt.

Heidelberg, 24. Mai. Der Gewerbeverein Weinheim unternahm dieser Tage eine Besichtigung des Neckarkanalbauwerks auf der Strecke von Schwabenheim bis Heidelberg. Auf Grund dessen kann über den derzeitigen Stand der Arbeiten bei der Stauffe Wehranlage authentisch folgendes gemeldet werden: Was die Wehranlage unterhalb Heidelberg anbelangt, so sind von den sieben Wehrpfeilern fünf vollständig fertig, zwei zurzeit im Bau. Die Eisenkonstruktion ist zum Teil fertig zum Teil bei der Montage. Die ganze Wehranlage mit dem kleinen Ergänzungskraftwerk wird bis 1. Oktober 1924 fertiggestellt sein.

Ihre Wirtschaftsgeld

reich, wenn Sie Pfeifer & Dillers Kaffee-Essenz verwenden. Sie bieten Ihrer Familie etwas Besseres und machen trotzdem Ersparnisse dabei. Ein Versuch wird Ihnen das bestätigen.

Silberpaket 30 Pf., Dose 40 Pf. in allen Geschäften.

